

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Sozial-, Gesundheits-
und Gleichstellungsausschusses am 18.10.2007**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal
Marktplatz 2
06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 19:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 13.9.2007
4. Vorlagen
 - 4.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2008, sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2006
Vorlage: IV/2007/06692
 - 4.2. Änderung zur Haushaltsplanung 2008 des Fachbereiches Gesundheit, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen
Vorlage: IV/2007/06752
 - 4.3. Änderungen zur Haushaltsplanung 2008 des Fachbereiches Soziales
Vorlage: IV/2007/06754
 - 4.4. Gesundheitliche Situation älterer Menschen in Erfurt, Halle und Leipzig
Vorlage: IV/2007/06732
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern
7. Beantwortung von Anfragen
8. Anregungen
9. Mitteilungen
 - 9.1. Aktueller Sachstand zur Umsetzung des SGB II - Berichterstattung: Frau Tempel, Geschäftsführerin der ARGE SGB II Halle GmbH
 - 9.2. Abschlussbericht zur Rattenbekämpfung Herbst/Winter 2006 - Berichterstattung: Herr Dr. Wilhelms

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende begrüßt die Mitglieder und Gäste des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Sie begrüßte Herrn Häder erstmalig im Ausschuss und stellte ihn als Nachfolger für Frau Ilse vor.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Da Herr Doege zu einem anderen Termin die Sitzung vorzeitig verlassen muss, schlägt die Ausschussvorsitzende vor, den TOP 4.1. als letzten Punkt unter dem TOP 4 zu behandeln und den TOP 4.3. als ersten TOP voranzustellen.

Außerdem bittet die Ausschussvorsitzende darum, den Punkt 9.3. von der Tagesordnung zu streichen, da Herr Dr. Fischer im Urlaub sei. Dieser Punkt wird in der nächsten Sitzung auf die Tagesordnung gesetzt.

Beschluss:

Der TOP 4. Vorlagen wird wie folgt geändert:

- 4.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2008 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2006 – Vorlage: IV/2007/06692
- 4.2. Änderung zur Haushaltsplanung 2008 des Fachbereiches Gesundheit, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen – Vorlage: IV/2007/06752
- 4.3. Änderung zur Haushaltsplanung 2008 des Fachbereiches Soziales – Vorlage: IV/2007/06752
- 4.4. Gesundheitliche Situation älterer Menschen in Erfurt, Halle und Leipzig – Vorlage: IV/2007/06732

Der TOP 9.3. wird von der Tagesordnung gestrichen.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 13.9.2007

Die Niederschrift vom 13.9.2007 wird bestätigt.

zu 4 Vorlagen

**zu 4.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2008, sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2006
Vorlage: IV/2007/06692**

Fachbereich 53

Herr Doege gibt einführende Erläuterungen zur Haushaltsplanung für den Fachbereich Gesundheit, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen sowie zu den Änderungen zur Haushaltsplanung 2008.

Frau Wolff fragt nach den Personalkosten sowie den Kosten für ZGM, wo keine Minderung in Sicht sei. Herr Godenrath ergänzt dieselbe Frage mit der Aufforderung, dass der Fachbereich 11 die Personalkosten und ZGM die Bewirtschaftung, Reinigung und Miete darstellen sollte.

UA 1103

Keine Fragen

UA 5010

Frau Wolff fragt nach dem Ist in den HHST 562000 (Fortbildung), 620000 (Sachausgaben), 65400 (Dienstreisen), da hier ein Anstieg zu verzeichnen ist. Herr Doege erklärt, dass die Frage nur per 30.9.07 beantwortet werden könne. Frau Jahnke erläutert HHST 62000, dass es sich hier um die Rattenbekämpfung handelt. Rechnungen sind noch bis Jahresende zu begleichen.

UA 5011 mit Änderungen laut Vorlage IV/2007/06752

Herr Dr. Wilhelm erläutert, dass in der Jugendzahnprophylaxe mehr Kinder zu verzeichnen sind.

UA 5404/UA 5010/UA 5404

Keine Fragen

Fachbereich 39

Frau Wildner spricht einführende Worte zur Haushaltsplanung für den Fachbereich Gleichstellung.

UA 0260

Frau Wolff fragt nach den Personalkosten, eine Stelle sollte im FB geschaffen werden. Frau Wildner antwortet, dass diese Teilzeitstelle in diesem Jahr besetzt wurde. Die Stelle wurde jedoch nicht neu geschaffen, war in den vergangenen Jahren nicht besetzt.

UA 4370

Keine Fragen

Fachbereich 50

Herr Schneller erläutert die Abweichungen zum Vorjahr in den Personalkosten (Überhänge werden bis Jahresende abgebaut), den Kosten der Unterkunft (Rückgang zu erwarten), bei den Asylbewerberzahlen (ebenfalls Rückgang) sowie bei den Krankenhilfekosten, bei denen durch die neuen gesetzlichen Regelungen ebenso ein Rückgang zu verzeichnen sein wird.

Frau Haupt verweist auf die Vorlage „Änderungen zur HH-Planung 2008 des FB 50.“

Frau Wolff irritiert in UA 4130 der Titel „Hilfe zur Gesundheit“. Herr Schneller antwortet, dass hiermit die Krankenhilfe gemeint sei, wie es früher im BSHG hieß. Laut SGB XII steht dafür diese neue Bezeichnung.

UA 4000

Frau Wolff möchte die Ist-Zahlen genannt werden zu:

65000
651000
652000
654000
655000

Frau Winter sagt zu, dass diese Positionen zum nächsten Finanzausschuss vorliegen werden bzw. als Anlage diesem Protokoll beigefügt werden.

Herr Godenrath fragt nach den Kosten ZGM. Frau Winter hat vom ZGM die Aussage erhalten, dass in 2007 der Ansatz zu hoch gesetzt ist. Außerdem liegt eine neue Kostenkalkulation der Stadtwirtschaft vor, die sich in der Position Reinigung widerspiegelt. Herr Godenrath fragt nach dem Rückgang der Erstattung an Privatunternehmen und Ansatz der Sachverständigenkosten. Frau Winter erläutert den Rückgang der Erstattung an Privatunternehmen mit der Auflösung des Krankenhilfe-Vertrages mit KS und den Ansatz Sachverständigenkosten mit der Teilnahme am Städtevergleichsring con_sens sowie Anwaltskosten.

UA 4050

Frau Wolff möchte die Ist-Zahlen für 562000 bis 674000 genannt haben. Sie werden wie die anderen Zahlen nachgereicht.

UA 4101 mit Änderungen laut Vorlage IV/2007/06754

Frau Winter erklärt die Mehrkosten mit den steigenden Fallzahlen im SGB XII sowie den Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen.

UA 4103/UA 4114

keine Fragen

UA 4122

Herr Godenrath fragt nach der neuen Position. Frau Winter sagt, es handelt sich um die Finanzierung von Integrationsmaßnahmen für Kinder (betrifft Kinder von Asylbewerbern, die nach SGB XII Leistungen beziehen), bisher vom überörtlichen Sozialhilfeträger bezahlt. Dieser ist für diesen Personenkreis aber nicht zuständig, daher Finanzierung ab 2008 über diesen UA.

UA 4130 mit Änderungen laut Vorlage IV/2007/06754

Frau Wolff fragt nach der Senkung.

Frau Winter: Die Reduzierung ergibt sich aus der geringen Anzahl von Personen, die Senkung der Notfallbehandlungen. Es bleiben nur noch Personen, die EU-weit keine Versicherung haben.

UA 4141

Herr Godenrath möchte den Ausgabeansatz erläutert haben.

Frau Winter erklärt die anteilige Finanzierung der Schuldnerberatungsstellen, Wohnsozialisierungshilfe und zwei Projekte Hilfe zur Überwindung besonderer Schwierigkeiten.

Frau Wolff fragt nach dem Ist. Frau Winter: bis jetzt 454.752,29 Euro.

UA 4148

Herr Godenrath fragt, ob es sich hier die Erhöhung durch die neuen Friedhofsgebühren handelt.

Frau Winter sagt, dass dies ausschließlich die höheren Friedhofsgebühren betrifft.

Herr Dr. Brockmann fragt nach der Anzahl der Personen. Frau Winter: 261 Zahlfälle 2006, 2007 bis jetzt 209, die Tendenz ist steigend.

4200 mit Änderungen laut Vorlage IV/2007/06754

Frau Wolff fragt, ob es mehr oder weniger Fälle sind. Frau Winter: 2008 werden es mehr Fälle für den Personenkreis nach § 2 Asylbewerberleistungsgesetz.

4210 mit Änderungen laut Vorlage IV/2007/06754

Laut Frau Winter sind es weniger Fälle für PK nach § 1 Asylbewerberleistungsgesetz.

4220

Herr Godenrath fragt nach der Senkung bei Krankenhilfeleistungen. Frau Winter erläutert, dass die Leistungen für Krankenhilfe nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nicht weniger werden (steigende Kosten: Medikamente und Behandlungskosten).

UA 4230/UA 4240

keine Fragen

UA 4350

Herr Godenrath möchte den Rückgang Bewirtschaftung/Reinigung erläutert haben. Frau Winter antwortet, dass die Aufgabe der ÜWE in der Delitzscher Straße zur Senkung der Kosten beigetragen hat.

UA 4362

Die Ausschussvorsitzende fragt nach der Erstattung an Privatunternehmen. Frau Winter sagt, dass die Wohnheimplätze reduziert werden.

UA 4700

keine Fragen

UA 4820

Frau Wolf möchte das Ist aufgegliedert haben. Gibt es weniger Bedarfsfälle? Frau Winter nennt für den September 22.767 Bedarfsgemeinschaften. Frau Wolff fragt nach Änderungen bis Jahresende. Frau Schmidt verweist auf die Änderungen auf dem Arbeitsmarkt, die sich positiv auswirken werden. Die Verlängerung des Arbeitslosengeldes I hätte z. B. große Auswirkungen. Im Januar wird eine Übersicht der Entwicklung dem Ausschuss vorgelegt.

UA 4850 mit Änderungen laut Vorlage IV/2007/06754

Frau Winter erklärt die Fallzahlreduzierungen.

UA 4980

Die Ausschussvorsitzende fasst positiv auf, dass in der Schülerspeisung mehr Kosten eingestellt wird. Resultiert diese Zahl auf den Ist? Frau Winter erläutert, dass diese Kosten im FB 40 liegen.

Frau Wolff fragt nach Hort und Schülerspeisung. Frau Schmidt erklärt, dass in den Kosten des Halle-Passes nur die Mittagessenversorgung enthalten ist, die anderen Kosten liegen bei Kita.

UA 9010

Keine Fragen

UA 4700 (VMH)

Herr Godenrath fragt nach dem Neubedarf an Waschmaschinen (Haus der Wohnhilfe). Frau Winter erklärt die Situation im Haus der Wohnhilfe. Waschmaschinenreparaturen an den

z. Zt. vorhandenen Geräten müssen wir bezahlen. Werden neue Geräte bzw. eine Industriewaschmaschine angeschafft, ist die Stadt auch für die Folgekosten, Wartung und Reparatur verantwortlich. Die Bedienung dieser kann nicht von den einzelnen Bewohnern erfolgen, sondern muss zentral z. Z. über Zivildienstleistende gesichert werden. Auch hier sind ggf. dann zusätzliche Kosten für Personal erforderlich, wenn der Zivildienstleistende wegfällt. Personen außerhalb des Hauses der Wohnhilfe müssen auch selbst ihre Geräte kaufen, im Sinne der Gleichbehandlung soll hier keine Neuanschaffung mehr finanziert werden. Die vorhandenen Waschmaschinen werden so lange wie es geht repariert.

Haushaltskonsolidierung

Herr Dr. Brockmann fragt, was es in der Haushaltskonsolidierung mit der Aufgabekritik auf sich hat.

Frau Schmidt verweist auf die Arbeitsmarktreformen. Die Kosten der Unterkunft für ALG-II-Empfänger können im Januar 2008 komplexer dargestellt werden.

Frau Wolff ist irritiert von verschiedenen Ausgabezahlen bei Jugendhilfe. Frau Schmidt weist darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss eine Orientierung abgegeben hat, die Inhalte sollten besser dort diskutiert werden. Die unterschiedlichen Zahlen beziehen sich jedoch auch auf unterschiedliche Jahre. Frau Schmidt erläutert die Senkung von 2006 bis 2008. Frau Schmidt teilt mit, dass der Geschäftsbereich V inklusive Fachbereich 53 mit dem Zuschussbedarf von 147.671,02 Euro die vorgegebenen Eckwerte unterschritten hat und die Vorgaben damit eingehalten werden. Es sind 1 Mio Euro noch offen, die in der Haushaltskonsolidierung noch enthalten sind.

Abstimmungsergebnis:

Fachbereich 53

SKE: ja 1
Stadträte: ja 8
einstimmig zugestimmt

Fachbereiche 39 und 50

SKE: einstimmig zugestimmt
Stadträte: Ja 6
Enthaltungen 2
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2008 sowie dem Beteiligungsbericht über das Jahr 2006 wird einstimmig zugestimmt.

zu 4.2 Änderung zur Haushaltsplanung 2008 des Fachbereiches Gesundheit, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen Vorlage: IV/2007/06752

Abstimmungsergebnis:

Fachbereich 53

SKE: ja 1
Stadträte: ja 8
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss stimmt den Änderungen zur Haushaltsplanung 2008 des Fachbereiches Gesundheit, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen zu.

zu 4.3 Änderungen zur Haushaltsplanung 2008 des Fachbereiches Soziales Vorlage: IV/2007/06754

Abstimmungsergebnis:

Fachbereich 50

SKE: einstimmig zugestimmt

Stadträte: Ja 6

Enthaltungen 2

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss stimmt den Änderungen zur Haushaltsplanung 2008 des Fachbereiches Soziales zu.

zu 4.4 Gesundheitliche Situation älterer Menschen in Erfurt, Halle und Leipzig Vorlage: IV/2007/06732

Herr Dr. Wilhelms erläutert den Bericht und spricht über die Zusammenarbeit von zehn Städten zum „Gesunde Städteprojekt“. Der vorliegende Bericht wurde von drei Städten (Halle, Leipzig, Erfurt) erstellt. Herr Dr. Wilhelms erklärt, dass alte Menschen nicht gleich kranke Menschen bedeuten. Jedoch nehmen im Alter die gesundheitlichen Probleme zu.

Herr Dr. Wilhelms stellt die Unterschiede in den drei Städten dar und erklärt Gemeinsamkeiten. Zum Beispiel hat die ambulante Pflege in Halle einen weitaus höheren Stellenwert als in den beiden anderen Städten.

Herr Godenrath fragt nach Maßnahmen zur Früherkennung, ob sie genutzt werden. Herr Dr. Wilhelms erläutert, dass z. Z. eine große Reizüberflutung stattfindet, vor allem für ältere Menschen, es sei ein großes Angebot vorhanden. Die Menschen wissen oft nicht, was notwendig ist und was nicht. Außerdem steht die Frage, was von den Kassen bezahlt wird oder nicht.

Herr Dr. Brockmann fragt nach der Suizidalität. Laut Herrn Dr. Wilhelms beträgt diese Rate weniger als 1 % und ist nicht auffällig.

Die Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass diese Vorlage Grundlage für die Gesundheitskonferenz sei und fragt nach den Beziehungen zum Städtebau, die Zusammenarbeit der Ämter, das Modellprojekt „Wohnen in Halle“ und wie es mit dem Bericht weitergeht.

Herr Dr. Wilhelms antwortet, dass der Bericht nach der Beratung im Stadtrat natürlich öffentlich gemacht wird, um zur Diskussion anzuregen, und seine Aufnahme in die Stadtplanung finden sollte. Dieser Bericht sollte fortgeführt werden und in entsprechender Form auch wieder hier im Ausschuss darüber berichtet werden.

Die Ausschussvorsitzende dankt Herrn Dr. Wilhelms für seine Erläuterungen. Der Bericht wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Keine

zu 6 Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern

Frau Wolff stellt fest, dass die Klagen an den Verwaltungsgerichten zugenommen haben. Gibt es eine Beratung für die Betroffenen? Wieso sind die Klagen so hoch? Im letzten Protokoll war zu lesen, dass Frau Tempel über ungelöste Personalprobleme gesprochen hat, worum handelt es sich da? Was ist mit dem Stand Residenz?

Frau Dr. Radig antwortet, dass es keine gesonderten geförderten Beratungsstellen für Hartz IV gibt. Lediglich, die AWO bietet unter diesem Motto im Dornröschen und im Cafe 22 eine spezielle Beratung an. Auch die anderen freien Träger und die sozial-pädagogischen Fachkräfte des FB 51 (ASD) beraten innerhalb ihrer Beratungsarbeit (wie allgemeine Sozialberatung, Schuldnerberatung etc.) auch zum SGB II. Dazu gibt es bei Bedarf auch eine Schulung/Abstimmung mit der ARGE zu aktuellen Rechtsfragen mit den Sozialarbeitern. Außerdem wird die Beratung von Rechtsanwälten über Prozesskostenbeihilfen in Anspruch genommen. Bei Notlagen (Ablehnung von Leistungsanträgen) kann eine einstweilige Anordnung erwirkt werden. Halle hat eine sehr widerspruchsfreudige Bevölkerung. Das bedeutet einen hohen Arbeitsaufwand, z. Z. liegen ca. 2000 unerledigte Widersprüche vor, monatlich gehen durchschnittlich 700 bis 800 neue Widersprüche ein, ca. 30 % der Widersprüchen wird ganz oder teilweise stattgegeben. Die Gerichte mussten sich erst auf die neue SGB-II-Situation einstellen (inhaltlich und personell), daraus resultieren relativ hohe Rückstandsquoten in der Abarbeitung der anhängigen Klagen. Z. Zt. sind ca. 1200 Klagen anhängig. Klageentscheidungen zugunsten der Kläger z. T. aus formalen Fehlern der ARGE, da z. B. der Grundsatz der Verfolgung von Individualansprüchen erst 2006 in der Verwaltungspraxis umgesetzt wurde.

Gelöscht: , jedoch

Gelöscht: Beratungsstellen auch eine

Gelöscht: anbieten und die

Gelöscht: zusammenarbeitet.

Gelöscht: wird

Gelöscht: .

Gelöscht: .

Gelöscht: . Ungefähr 30 % der Widersprüche wird stattgegeben.

Gelöscht: sind oft

Gelöscht: rein

Herr Häder: Stellt man nicht schon im Widerspruchsverfahren solche formalen Fehler fest? Frau Dr. Radig erläutert das Massengeschäft mit den Widersprüchen, wodurch diese Fehler nicht immer vorab ausgeschlossen werden können, auch liefern viele Kläger erst in diesem Verfahren entscheidungserhebliche Tatsachen nach.

Gelöscht: sehr hoch sind

Frau Wolff möchte, dass im Ausschuss von der ARGE ein Bericht über die Klageverfahren in einer der nächsten Sitzungen abgegeben wird.

Frau Dr. Radig erläutert die jetzige und zu erwartende Personalsituation in der ARGE. Derzeit sind ca. 120 ARGE Mitarbeiter der BA befristet tätig, wovon ein hoher Anteil auslaufende Verträge zum 31.12.07 hat. Für 45 Mitarbeiter der BA kann eine erneute Verlängerung mit Sachgrund bis 31.12.08 erfolgen, für ca. 30 bis 50 Mitarbeiter wird eine solche Verlängerung über den Arbeitgeber BA nicht möglich sein. Hier wird geprüft, ob für einen Teil eine Anstellung und Zuweisung über den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung (EfA) erfolgen kann. Wenn in Größenordnungen Neueinstellungen erforderlich werden, wird dies Qualitätsprobleme in der Einarbeitungsphase mit sich bringen. Durch diese derzeitige Unsicherheit sind die betroffenen Kollegen auch auf der Suche nach anderen Arbeitsverhältnissen.

Gelöscht: Sie verweist auch auf die Erfolge am zweiten Arbeitsmarkt.

Herr Häder fragt nach, warum die Befristungsquote so hoch ist. Frau Dr. Radig sagt, dass die BA seit 2004 befristet Personal für das SGB II eingestellt hat, da bereits in der Einführungsphase 2004 nicht genügend eigenes festes Personal bereitstand. 2007 konnten von diesen Befristungen ca. 45 MA einen festen Arbeitsvertrag enthalten, auch wurden 2006

sechs weitere Planstellen der BA und der Stadt der ARGE zugewiesen, die Quote von ca. 30 % befristeten Stellen in der ARGE Halle ist dennoch vergleichsweise sehr hoch und ungünstig. Angestrebt wird den Anteil der befristeten MA bei max. 10 % der Gesamtstellen zu halten.

Frau Schmidt ergänzt, dass ca. 10 – 12 % der Leistungen der ARGE als Pflichtleistungen der Kommune erbracht werden müssen. Die Stadt Halle hat weitaus mehr Mitarbeiter in der ARGE beschäftigt, als nur für die kommunale Aufgabenseite erforderlich.

Frau Wolf bat um Erläuterung einer Aussage zu „Erfolgen am zweiten Arbeitsmarkt“, die in der letzten Sitzung gemacht worden sei.
Frau Dr. Radig stellte die aktuellen Zahlen der im 2. Arbeitsmarkt beschäftigten erwerbsfähigen Hilfebedürftigen dar (siehe auch die Anlage aus dem statistischen Kreisreport September).

ABM	337
Arbeitsgelegenheiten mit Aufwandsentschädigung	818
Arbeitsgelegenheiten mit Entgelt	231

Damit werden die geplanten Bestandszahlen bis Sept. 2007 im Wesentlichen erreicht.

Frau Dr. Radig gibt Auskunft über die Projekte zur Neuen Residenz. Alle Projekte im Rahmen des Beschäftigungspaktes Jahresringe wurden im September 2007 abgeschlossen. Derzeit bereiten alle Träger ihre Schlussrechnungen ein. Drei der vier Projekte des Neuen Residenz e.V. wurden vorzeitig beendet, das letzte planmäßig beendete Projekt endete im Sommer 2007 und hier liegen bereits Abrechnungsunterlagen zur Prüfung vor. Nicht alle eingereichten Kosten werden anererkennungsfähig sein, aber diese Prüfung ist noch nicht abgeschlossen.

Die Ausschussvorsitzende fragt, ob Energiekostenerhöhungen, hohe Nachzahlungen bezahlt werden sowie Mietminderung infolge Modernisierungsarbeiten zurückgezahlt werden müssen?

Frau Schmidt verweist auf die städtischen Arbeitshilfen, die als interne Dienstanweisungen ständig überprüft und den veränderten Gegebenheiten angepasst werden, um den Anforderungen und Gesetzlichkeiten Rechnung zu tragen. Kontrolliert wird dies vom Wirtschaftsministerium. Frau Schmidt verweist ausdrücklich darauf, dass jeder Einzelfall auch einzeln betrachtet werden muss und wird. Einnahmen z. B. aufgrund von Mietminderungen durch Modernisierungsarbeiten sind grundsätzlich als Einnahmen anzurechnen. Im Einzelfall ist zu entscheiden, inwieweit diese Beträge z. B. für folgende notwendige Renovierung zweckbestimmt anerkannt werden können.

Gelöscht: ¶
ABM . 330¶
Arbeitsgelegenheiten mit Aufwandsentschädigung . 1.100¶
Arbeitsgelegenheiten mit Entgelt . 2.000
????¶
¶
Frau Dr. Radig gibt Auskunft über die Projekte zur neuen Residenz
????¶
¶
Herr Häder fragt nach, warum die Befristungsquote so hoch ist. Frau Dr. Radig sagt, dass die BA befristet Personal für das SGB II eingestellt hat, das Startpersonal reichte nicht aus, so dass Agentur und Stadt nochmals Personal freigesetzt haben. Der Personalbedarf wird nur mit den

Gelöscht: (
Gelöscht:) gedeckt

Gelöscht: Da es sich bei Mietminderungen z.

Gelöscht: eher um geringfügige Beträge handeln dürfte und nicht wie in der Presse dargestellt größere Rückzahlungen zu erwarten seien, sollte der Mieter diese für andere Zwecke einsetzen, z. B. für Renovierung bei Einzug verwenden.

zu 7 Beantwortung von Anfragen

keine

zu 8 Anregungen

keine

zu 9 Mitteilungen

Keine

zu 9.1 Aktueller Sachstand zur Umsetzung des SGB II - Berichterstattung: Frau Tempel, Geschäftsführerin der ARGE SGB II Halle GmbH

In Vertretung von Frau Tempel erläutert Frau Dr. Radig den derzeitigen Planungsprozess 2008.

Dieser Planungsprozess vollzieht sich vor dem Hintergrund einer vorsichtigen wirtschaftlichen Belebung, an der die Kunden im Rechtskreis SGB II jedoch weniger stark profitieren. Auch erwartete Regelsatzanpassungen infolge der Lohn- und Rentenentwicklung sind in den Orientierungswerten des Bundes noch nicht berücksichtigt. Die Planung 2008 geht von einer in etwa konstanten Zahl an Bedarfsgemeinschaften mit geringfügigen Verringerungen (entspr. dem Jahrestrend in 2007) aus.

Gelöscht: Radig legt den Schwerpunkt auf den Planungsprozess 2008.

Mit den Gesellschaftern sind die Eckwerte zur Erhöhung der Zahl der Integrationen und zur Senkung der passiven Leistungen zur Grundsicherung und zur Einhaltung des gleichen Ausgabebudgets 2008 wie 2007 für die kommunalen Leistungen (Kosten der Unterkunft und einmalige Leistungen), was einer Senkung der Ausgaben im Vergleich zum Planansatz 2007 entspricht, verhandelt. Die weitere Untersetzung in Maßnahmen und einzusetzende Instrumente erfolgt mit dem noch zu erarbeitenden Arbeitsmarktprogramm. Darin wird sich die Schwerpunktsetzung auf Instrumente, die zu Integrationen auf dem 1. Arbeitsmarkt führen, wieder finden. Instrumente des 2. Arbeitsmarktes dürften leicht rückläufig zum Einsatz kommen.

Insgesamt wird mit einem Eingliederungsbudget in etwa der Höhe wie 2007 gerechnet.

Herr Czock fragt, ob die Schlangen vor der ARGE vermeidbar wären.

Frau Dr. Radig sagt, diese Schlangen seien nicht in jedem Fall vermeidbar. Sie wären aber nicht mehr so lang und so häufig wie früher.

zu 9.2 Abschlussbericht zur Rattenbekämpfung Herbst/Winter 2006 - Berichterstattung: Herr Dr. Wilhelms

Herr Dr. Wilhelms erläutert das Rattenproblem als Problem von Großstädten. Er erklärt die Möglichkeiten der Bekämpfung und zeigt anhand von Beispielen die Erfolge, aber auch die Probleme bei der Bekämpfung auf.

Frau Wolff bedankt sich bei Herrn Dr. Wilhelms dafür, dass die Anzahl der Ratten tatsächlich zurückgegangen sei und die Bekämpfung erfolgreich sei.

Vermerk:

Den Ausschussmitgliedern wurden die Termine der Sitzungen 2008 mit der Einladung zur Sitzung am 18.10.07 mit versandt. Sollten sich daraus Probleme ergeben, bittet die Ausschussvorsitzende dies in der nächsten Sitzung am 15.11.2007 anzusprechen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

Kerner, Protokollführerin